

Bildung für ein Leben in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts

Präambel

Deutschland befindet sich in einer schwierigen Phase seiner Geschichte. Die Ursachen für die umfangreichen Probleme sind mannigfaltig und komplex. Gewohnte Denkmuster und Verhaltensweisen müssen aufgegeben werden, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden. Dies gilt in besonderer Weise auch für unser Erziehungs- und Bildungswesen. Dabei besteht Einigkeit darüber, dass eine umfassende und fundierte Bildung der Menschen einer Gesellschaft eine unabdingbare Voraussetzung für deren Bestand ist: Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes ist von Bildung abhängig. Sie ist der einzige Rohstoff, der in der Wissensgesellschaft zählt. Dies gilt umso mehr, als durch die unaufhaltsamen Prozesse der Globalisierung und Technisierung Gesellschaften zunehmend im Wettbewerb miteinander stehen. In diesem Wettbewerb ist Deutschland nicht zuletzt aufgrund eines nicht mehr zeitgemäßen Bildungssystems ins Hintertreffen geraten. Vor allem auch innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland im Hinblick auf die Bildung in gewissem Sinne Europauntauglich geworden und hinter die Bildungsleistungen vieler befreundeter Staaten zurückgefallen. Erziehung und Bildung haben in unserem Lande in einem jahrzehntelangen Prozess den Stellenwert verloren, den sie aufgrund ihrer fundamentalen Bedeutung verdienen. Für ein radikales Umdenken ist es höchste Zeit.

Im Vordergrund von Bildung und Erziehung in Familien, an Schulen und in anderen Gemeinschaften muss das Heranbilden einer ganzheitlichen, leistungsfähigen, zur ethischen Verantwortlichkeit befähigten Persönlichkeit stehen, die zum Verständnis der Welt und der friedlichen Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft ihren Beitrag leisten kann. Das Verständnis der Welt erfordert ein nicht geringes Maß an Wissen, um Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft erfassen zu können. Es erfordert die Fähigkeiten, Sprache richtig anzuwenden, sich notwendige Fremdsprachenkenntnisse anzueignen, sich für eine bestimmte Aufgabenstellung Informationen beschaffen und nach ihrer Bedeutung gewichten und ordnen zu können. Es verlangt die Fähigkeit, Probleme in ganzheitlicher Weise lösen, d.h. verschiedene Kenntnisse und Fertigkeiten miteinander verbinden und komplex denken zu können. Nicht zuletzt ist angesichts der Komplexität der Aufgabenstellungen eine hohe Fähigkeit zur Zusammenarbeit und Kommunikation mit anderen von immer größerer Bedeutung, wobei jeder Einzelne seine spezifische Erfahrungen und Fähigkeiten einbringt.

Das Verständnis der Welt und die Aneignung beruflicher Fachkenntnisse reichen alleine nicht zum Heranbilden einer selbstverantwortlichen Persönlichkeit. Entscheidend sind darüber hinaus die Fähigkeit und der Wille, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung für sich, die Folgen der eigenen Handlungen, aber auch für andere Menschen, für die friedliche Weiterentwicklung des eigenen Gemeinwesens und der menschlichen Gemeinschaft, ja der Welt insgesamt einschließlich aller Lebewesen in einer intakten Natur. Die charakterliche Entwicklung und die Erziehung zu einer verantwortlichen Persönlichkeit ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die über die Bildungsinstitutionen hinausgeht. Diese Entwicklung ist aber zunehmend gestört. Politik und Gesellschaft müssen die schwerwiegenden Persönlichkeitsentwicklungsmängel vieler Kinder und Jugendlicher und ihre daraus resultierende mangelnde Bildungs- und Ausbildungsfähigkeit endlich zur Kenntnis nehmen. Die Voraussetzungen der Möglichkeit für eine gelingende Persönlichkeitsentwicklung

(Sozialisationsbedingungen) der Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft müssen erheblich verbessert werden. In diesem Sinne muss unsere ganze Gesellschaft, und dies betrifft insbesondere auch die Medienlandschaft, kinder- und jugendfreundlicher werden und sich für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder mit verantwortlich wissen. Ein Paradigmenwechsel in der Bildungsdebatte ist auch in diesem Sinn überfällig. Dass ein solcher Paradigmenwechsel vielfältige und über das Bildungswesen hinausgehende Konsequenzen für die Gesellschaft haben wird, muss auch vom Bürgerkonvent noch intensiver diskutiert werden.

1. Erziehung zur Verantwortung als Leitprinzip

Vielen Erwachsenen, Eltern, Erzieherinnen und Lehrkräften fällt heute die Erziehung von Kindern schwer. Nicht selten stellt sich bei einigen Resignation ein angesichts vieler erziehungswidriger gesellschaftlicher Umstände. Der Stellenwert der Pflichten, die vorher fraglos Gemeingut waren, ist gesunken. Es muss im Erziehungs- und Bildungsprozess in erster Linie darum gehen, den jungen Menschen die Schritte hinaus in eine Welt zu ermöglichen, die den kommenden Generationen zur verantwortlichen Selbstfindung den notwendigen Raum gibt und sie zur Bewahrung unserer offenen, demokratischen und sozialen Gesellschaft befähigt. Eine „Pädagogik der Verantwortung“ als durchgängiges Bildungsprinzip vom Kindergarten bis zur Hochschule ist in der Lage, dies zu leisten. Ihr Ziel ist es, die Menschen zur selbstständigen und selbstverantwortlichen Führung ihres Lebens in Einklang mit ihrer Mit- und Umwelt zu befähigen.

Für den Bürgerkonvent heißt dies insbesondere:

- Im Zentrum der Erziehung zur Verantwortung steht als erstes Prinzip die Persönlichkeitsentwicklung, die Entwicklung des Charakters des Kindes oder Jugendlichen. Jeder Einzelne ist im Bildungsprozess, ist in seiner Schule wichtig. Jedem muss geholfen werden, das ihm mögliche Maß an Wissen und Können, an Zurechtfinden in der Welt zu erreichen.
- Kinder und Jugendliche müssen zur Selbstverantwortung und damit zur Selbstständigkeit erzogen werden. Die Kunst des Erziehens besteht darin, einerseits zu vertrauen und Gelegenheiten zum selbstständigen Handeln und zur Übernahme von Verantwortung zu geben, aber auch Misserfolge zuzulassen. Dabei müssen Kinder und Jugendliche mit den Folgen ihres Handelns konfrontiert werden. Selbstständig kann nur der sein, der für seine Handlungen Verantwortung trägt.
- Kreativität und die Bildung von Handlungskompetenz müssen zu einem durchgängigen Grundsatz vom Kindergarten bis zur Hochschule werden. Der rasche gesellschaftliche Wandel verlangt nach immer neuen Ansätzen. Die heutigen Jugendlichen müssen morgen fähig sein, ihre eigenen Initiativen auf wirtschaftlichem, auf künstlerischem und auf sozialem Gebiet zu entfalten. Jugendliche heute müssen insbesondere zu „Wirtschaftspfadfindern“ ausgebildet werden, um Möglichkeiten neuer Tätigkeitsfelder zu entdecken und ihre eigenen Visionen zu entwickeln.
- Soziale Verantwortung und die Bereitschaft, das Handeln nach ethischen Werten auszurichten, können nur durch positive soziale Erfahrungen entstehen. Oft machen Kinder und Jugendliche jedoch Erfahrungen, die ihr ethisches Wachsen hindern. Die Sozialisationsbedingungen für sie sind in der heutigen Gesellschaft oft ungünstig. Die Gesellschaft muss ihre Verantwortung für die Entwicklung der Kinder endlich mindestens ebenso ernst nehmen wie ihre Verantwortung für den Schutz der

natürlichen Lebensgrundlagen. Die elterliche Erziehungsarbeit bedarf verbesserter Unterstützung und Anerkennung. Die Bereitstellung guter pädagogischer Ganztagsbetreuung für Kinder und Jugendliche muss selbstverständlich werden. Auch die Medien müssen eine größere pädagogische Verantwortung übernehmen als bisher.

2. Grundlegende Anforderungen an ein zeitgemäßes Erziehungs- und Bildungssystem

Aus der eingangs beschriebenen Gesamtsituation ergeben sich eine Reihe von grundlegende Forderungen an ein modernes Erziehungs- und Bildungssystem. Sie betreffen die Bedingungen der Persönlichkeitsentwicklungen der Kinder und Jugendlichen, das Geflecht der primären und sekundären Bildungssysteme, die zu vermittelnden Bildungsinhalte und die dazu erforderliche Infrastruktur sowie das gesellschaftliche Umfeld und den gesellschaftlichen Stellenwert von Erziehung und Bildung. Dabei muss immer beachtet werden, dass es nicht allein Aufgabe der Schule ist, junge Menschen in dem zuvor genannten Sinne zu bilden. Gelingende Lebensführung und soziale Integration bauen ebenso auf Bildungsprozessen in Familien, Kindertageseinrichtungen, Jugendarbeit und der beruflichen Bildung auf. Auch wenn der Institution Schule ein zentraler Stellenwert zukommt, so weist Bildung jedoch weit über Schule hinaus („Bildung ist mehr als Schule“). Schulische Bildungsprozesse haben Persönlichkeitsmerkmale zur Voraussetzung, bei denen die frühkindliche Entwicklung eine entscheidende Rolle spielt. Im Übrigen ist nach internationaler Übereinstimmung jeweils zwischen formalen, nicht-formalen und informellen Bildungsprozessen zu unterscheiden. Die im Folgenden aufgeführten Forderungen beziehen sich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – auf Familie, Kindergarten und Schule. Zur Hochschule hat sich der Bürgerkonvent bereits geäußert. Die wichtige Frage der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens muss noch gesondert behandelt werden.

2.1 Verbesserung des Bildungsstandards im internationalen Wettbewerb

Beim Vergleich der Leistungen der 15-Jährigen landete Deutschland bei der PISA-Studie unter den teilnehmenden Staaten im unteren Drittel. Besonders beunruhigend sind die durch PISA belegte mangelnde Lesefähigkeit und das unzureichende Verständnis des Gelesenen. Fast 10% der Schüler mangelt es an jeglichem Textverständnis, weitere 13 % sind bereits überfordert, wenn sie den Inhalt eines Textes wiedergeben oder bewerten sollen. Der Anteil der schwachen und sehr schwachen Leser ist in Deutschland mit fast 23 % für Industriestaaten extrem hoch.

Andere Studien geben ein ähnliches Bild. So landete in einem jüngsten internationalen Ranking aller Universitäten weltweit die bestplatzierte deutsche Universität (LMU München) auf Rang 48, was auch auf den sinkenden allgemeinen Bildungsstandard zurückzuführen ist. Fast 90000 Jugendliche (mehr als 10% eines ganzen Jahrganges) verlassen derzeit das Schulsystem ohne Hauptschulabschluss. Die Misere unseres Bildungssystems wird auch durch die Tatsache grell beleuchtet, dass ein Drittel der Studierenden das Studium erfolglos abbricht; welch eine Vergeudung persönlichen und gesellschaftlichen Potenzials!

2.2 Verstärkte Durchlässigkeit der Bildungssysteme

Das deutsche Bildungssystem ist nach wie vor viel zu starr. Die erwünschte Mobilität zwischen den einzelnen Bildungszweigen ist allzu sehr begrenzt. Zwar zeigen sich Begabungen und Schwächen bei der Mehrzahl aller Schüler schon in einem recht frühen

Stadium. Es fehlt aber in Deutschland an einer pädagogischen Diagnostik, die die Stärken und Schwächen der Kinder rechtzeitig erkennen lässt und so eine frühe und gezielte Förderung ermöglicht. Frühzeitige Festlegungen der Schullaufbahn führen in einer nicht unbeachtlichen Anzahl von Fällen zu Fehleinschätzungen, die erst später erkennbar werden. Für die weiterführenden Schulen gibt es keine wirkliche Verantwortung für die ihnen anvertrauten Kinder. Im Zweifelsfall heißt es nicht: „Was müssen wir tun, um diesem Kind zu helfen?“, sondern es heißt: „Dieses Kind gehört nicht auf unsere Schule“. Durchlässigkeit von oben nach unten ist die Folge, eine Durchlässigkeit von unten nach oben, von der Haupt- oder Realschule zum Gymnasium, gibt es fast nicht.

Es ist erschreckend, dass der Zugang zu Bildung in Deutschland besonders ungerecht ist. Die Wahrscheinlichkeit für ein Kind aus einer Familie mit sozioökonomischen Problemen auf ein Gymnasium zu kommen ist sechsmal geringer als bei einem Kind der Oberschicht. Es ist daher eine noch immer aktuelle Aufgabe der Bildungseinrichtungen, dynamisch auf Fehlentwicklungen zu reagieren und bei geeigneter Befähigung Übergänge zwischen Bildungszweigen individuell zu fördern.

2.3 Fertigkeiten, Tugenden und Werte vermitteln

In den Schulen muss die Unterweisung in Lebenspraxis an Bedeutung gewinnen. In den Unterricht gehört die praktische Vermittlung von Wissen über gesunde und ausgeglichene Lebensführung. In den Unterricht gehört auch das Wissen darüber wie man lernt, Probleme löst, logisch denkt, wie man Sympathie erregt. Die berufliche Orientierung muss früher und intensiver einsetzen als bisher. Dabei ist den Kindern ein breites Spektrum an praktischen Erfahrungen zu vermitteln. Ebenso wichtig ist die Vorbereitung auf die späteren partnerschaftlichen und elterlichen Rollen und das praktische Einüben sozialer und demokratischer Verhaltensweisen.

Tugenden und Werte können nicht „beigebracht“ werden, sie entstehen durch positive soziale Erfahrungen in einer auf Regeln aufgebauten Gemeinschaft. Entscheidend ist dabei die Gesamtatmosphäre, die sich durch Zuwendung ebenso wie durch soziale Verpflichtung, durch Förderung ebenso wie durch Forderung auszeichnen muss.

Die Schule kann natürlich nicht alle denkbaren derartigen Aufgaben übernehmen.

Kindererziehung ist und bleibt eine zentrale elterliche Aufgabe. Eltern benötigen dabei aber die Unterstützung der Gemeinschaft. Die Gesellschaft muss gerade in einer Zeit abnehmender Kinder- und Jugendzahlen kinder- und jugendfreundlicher werden. Der Rolle der Medien kommt eine hohe Bedeutung zu. Sie tragen erheblich zur Formung von Anschauungen und Verhaltensweisen von Jugendlichen bei. Es ist offensichtlich, dass sie dabei ihrer Verantwortung derzeit nicht hinreichend gerecht werden.

2.4 Anheben der Qualität der Infrastruktur auf einen internationalen Standard

Geld ist zwar nicht der entscheidende Faktor für gute Bildung, wie die Jahre unmittelbar nach dem Kriege demonstriert haben. Wer aber schon einmal die Ausstattungen von hervorragenden Privatschulen etwa in England oder Nordamerika sehen konnte, weiß, wie viel Gewinn Schüler aus einer guten Infrastruktur ziehen können, von der Anzahl der verfügbaren Lehrkräfte ganz zu schweigen. Im internationalen Vergleich gibt Deutschland bedeutend weniger für Bildung aus als vergleichbare Staaten. Die öffentlichen Bildungsausgaben betragen in Deutschland lediglich 4,53% des Bruttoinlandsproduktes, im EU-Durchschnitt sind es 4,94%. Spitzenreiter ist Dänemark mit 8,38%. Deutschlands öffentliche Haushalte müssten also fast 9 MRD € pro Jahr mehr ausgeben, um den europäischen Durchschnitt zu erreichen.

2.5 Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten der Lernenden

Für den Unterricht muss individuell das schnelle „Rückkopplungsprinzip“ eingeführt werden: Zeigt ein/e Schüler/in besonders herausragende/schlechte Leistungen, wird von Seiten der Lehrer individuell auf solche auffallende Phänomene aktiv reagiert: Der herausragende Schüler bzw. die Schülerin wird zusätzlich gefördert und der/die schwache Schüler/in bekommt zusätzlich Unterweisung. Dies erfordert zusätzlich zu den Fachlehrern auch psychologisch geschulte Lehrkräfte, sowie die Zusammenarbeit mit einschlägigen Beratungsstellen, die sich besonderer Probleme individuell und in der nötigen Intensität annehmen können.

Ebenso notwendig ist eine intensive Weiterbildung der Lehrkräfte und Erziehenden, sowie eine Umorientierung der Lehrer- und Erzieherausbildung. Die Realisierung des Grundsatzes der Individualerziehung ist das „Geheimnis“ des PISA-Siegers Finnland, weit mehr als strukturelle Unterschiede im System.

2.6 Entwicklung neuer Lehr- und Lernformen

Zur Erreichung der angestrebten Reformziele ist auf allen Ebenen des Bildungswesens eine Umorientierung des Lernens weg vom fächerorientierten Schubladenlernen und hin zu verknüpfendem Lernen notwendig. Aus dem Nebeneinander der „klassischen“ wissenschaftlichen Fächer müssen pädagogische Konzepte für eine problembezogene Integration der verschiedenen „vernetzten“ Gebiete gefunden werden. Zudem müssen die explorativen und kreativen Fähigkeiten der Lernenden geweckt und kontinuierlich gefördert werden, die schließlich selbständiges Aneignen von Wissen, Kenntnissen, Fertigkeiten und Problemlösen ermöglichen.

2.7 Bedingungen für die Bildung im frühen Kindesalter verbessern

Die psychischen Probleme von Kindern und Jugendlichen nehmen zu. Dies beeinträchtigt nicht nur den Schulerfolg zum Teil erheblich, sondern es gefährdet die Berufsfähigkeit von Millionen von Menschen in der heranwachsenden Generation. Es ist aufgrund vieler Untersuchungen evident, dass die Ursachen für eine große Zahl dieser Probleme in einer nicht optimalen frühkindlichen Entwicklung aufgrund instabiler Familiengruppen und einer durch ungünstige gesellschaftlichen Verhältnisse beeinträchtigten Persönlichkeitsentwicklung zu suchen sind. Ein vorrangiges Ziel zur Schaffung der erforderlichen Grundlagen von schulischer Erziehung muss daher die Schaffung von Voraussetzungen und ein gezielter Anreiz zur Ermöglichung stabiler familiärer oder familienähnlicher „Nester“ sein, in denen die Kleinst- und Kleinkinder in gedeihlicher Weise aufwachsen und ihre Persönlichkeit entwickeln können. Merkmale von Familien in diesem Sinne sind emotionale und liebevolle Hinwendung zum Kind und kluge Förderung seiner sozialen, physischen, psychischen und intellektuellen Lernprozesse. Dazu ist allerdings Zeitaufwand und vor allem eine liebevolle Aufmerksamkeit und Zuwendung nötig.

2.8 Verbesserung der Kooperation zwischen Elternhaus, Kindergarten und Schulen

Um zum Wohle der Kinder eine möglichst gute Erziehung und Bildung zu erreichen, ist die Zusammenarbeit zwischen Familien, Kindergärten und Schulen zu stärken. Anzustreben sind Erziehungs- und Bildungspartnerschaften zwischen den Eltern und den Erzieher/innen bzw. den Lehrkräften. Eltern, Lehrkräfte und Erziehende sollten sich als Partner in der Erziehung und Bildung der Kinder verstehen und sich in einem dynamischen Kommunikationsprozess füreinander öffnen. Dabei sollten sie ihre Ziele, Methoden und Bemühungen aufeinander abstimmen. Eltern könnten sich z.B. aktiv in Kindertageseinrichtungen einbringen und als Freiwillige etwa Kinder am Computer anleiten oder mit ihnen in einer Fremdsprache sprechen und spielen. Ähnlich könnten sich Eltern oder auch aktive Ruheständler als Mitwirkende in den Schulen einbringen. Es gibt viele und an Schulen in freier Trägerschaft schon erprobte Mitwirkungsformen: z.B. Übernahme von Arbeitsgemeinschaften, Angebot von betreuten Praktika an den Arbeitsstellen für ältere Schüler, Hilfen zur Berufsfindung, Begleitung bei Klassenunternehmungen usw. Hierzu ist aber der Verzicht der Kultusbehörden auf bürokratische Hürden unabdingbar.

2.9 Würdigung und Unterstützung von Erziehungsleistung

In unserer Gesellschaft müssen die Leistungen von Müttern und Vätern, die sich der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder widmen, wieder stärker anerkannt und gewürdigt werden. Sie erbringen Leistungen, die der gesamten Gemeinschaft zugute kommen. Eine zunehmende Zahl von Kindern wächst in Familien Alleinerziehender auf. Sie bedürfen in besonderer Weise der finanziellen und moralischen Unterstützung. Alle Eltern müssen durch qualitativ hochwertige Betreuungs- und Beratungsangebote die Hilfen bekommen, die sie benötigen. Zugleich ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit zu verbessern. Der Blick auf vergleichbare Länder zeigt: Wenn die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie vor allem durch eine gute Infrastruktur zur Kinderbetreuung ermöglicht wird, sind die Geburtenraten und gleichzeitig die Erwerbsquoten von Frauen höher.

2.10 Integration von Kindern und Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft verbessern

Die Integration von Migrantenkindern ist eine weitere entscheidende Aufgabe. Sie ist bislang nur unzureichend gelöst. Migrantenkinder haben unabhängig von ihrer Intelligenz erheblich schlechtere Chancen, einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen. Voraussetzung für ihren Bildungserfolg ist vor allem, dass sie über umfassende deutsche Sprachkompetenzen und Vertrautheit mit der deutschen Kultur verfügen. Gerade die Kindertageseinrichtungen müssen und können in besonderem Maße zur Integration von Migrantinnen und Migranten und zur Vermittlung sprachlicher Kompetenz beitragen. Denn die Kinder sind im Alter zwischen 3 und 5 Jahren besonders aufnahmefähig. Aber auch in der Schule muss die Förderung sprachlicher und kultureller Kompetenz weitergehen. Dabei sollte als Vorteil erkannt werden, dass auch deutschstämmige Kinder von den Migrantenkindern profitieren können, indem sie gemeinsam mit ihnen ihre interkulturelle Kompetenz steigern.

Wichtig sind darüber hinaus spezielle Angebote für Eltern von Migrantenkindern, die deren Partizipation und Integration fördern.

3. Konkrete Forderungen des BürgerKonvents

Um die im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen und gewünschten Ziele zu erreichen, ist ein umfangreicher Maßnahmenkatalog zu realisieren. Die nachfolgend beschriebenen Forderungen enthalten die wichtigsten Punkte, sind aber bei weitem nicht vollständig. Für den Bereich der Hochschulen wird auf das bereits verabschiedete Papier „Thesen zum derzeitigen Reformbedarf an den deutschen Hochschulen“ verwiesen.

3.1 Frühkindliche Bildung verbessern

Von ganz entscheidender Bedeutung für die Bildungschancen jedes Menschen ist der Verlauf seiner Entwicklung in der frühen Kindheit. Sprache und Zahlenverständnis bilden sich in den ersten 5 Jahren der Entwicklung besonders gut heran ebenso wie grundlegende soziale Fähigkeiten und ein erstes Wertebewusstsein. In Deutschland wird der Bereich der frühkindlichen Bildung traditionell vernachlässigt. Dies muss sich schnell ändern, denn wir sind es den Kindern schuldig, ihnen möglichst gute Chancen für den späteren Lebensweg zu eröffnen. Darüber hinaus ist frühkindliche Erziehung und Bildung von großer Wichtigkeit, verbunden mit einem guten Betreuungsangebot zur Ermöglichung der beruflichen Tätigkeit der Eltern. So wird der Wille zum Kind gefördert und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestärkt.

- **Kostenloser Kindergarten ab dem 3. Lebensjahr:**
Insbesondere für jene Kinder, die durch mangelnde Unterstützung im persönlichen Umfeld schlechtere Startbedingungen haben, kann ein pädagogisch aufgewerteter Kindergarten einen Ausgleich schaffen. Wegen der besonderen Wichtigkeit der frühkindlichen Erziehung und Bildung für die Chancen der Kinder muss ein pädagogisch aufgewerteter Kindergarten zumindest halbtags kostenlos sein.
- **Überprüfbare pädagogische Mindeststandards für Kindergärten und Kindertageseinrichtungen:**
Qualitätsstandards machen die Arbeit der Kindergärten und Kindertageseinrichtungen transparent sowie die Entwicklung und Fortschritte der Kinder für die Eltern überprüf- und nachvollziehbar.
- **Flächendeckende Erhöhung der Betreuungszeiten im Kindergarten auf mindestens sechs Stunden täglich:**
Unabhängig davon, dass die Hauptfunktion des Kindergartens in der Erfüllung des Bildungsauftrags besteht, ist er als Betreuungsinstitution aus volkswirtschaftlicher Sicht nur dann sinnvoll, wenn die Eltern der Kinder zumindest einer Halbtagsbeschäftigung nachgehen können. Dies ist wegen der notwendigen Fahrzeiten nur dann gegeben, wenn die Betreuungszeit mindestens sechs Stunden beträgt.
- **Bedarfsgerechte Ausdehnung der Ganztageskindergartenplätze:**
Für viele Eltern ist der Erhalt der Vollzeitbeschäftigung das entscheidende Kriterium für oder gegen Kinder. Daher muss das Angebot an Ganztageskindergartenplätzen bedeutend ausgeweitet werden

- **Verbesserung der Ausbildung der Erzieher(innen) und die Besetzung der Leitungsebene von Kindergärten und Kindertagesstätten mit Personal, das zumindest über einen Fachhochschulabschluss verfügt:**
Für die Sicherung pädagogischer Mindeststandards ist eine Reform der Ausbildung der Erzieher und Erzieherinnen erforderlich. Ihre Notwendigkeit wird auch anhand der Tatsache dokumentiert, dass Deutschland neben Österreich das einzige Land in Europa ist, in dem die betroffenen Personen nicht an Hochschulen ausgebildet werden. Wenigstens für die Leitung von Kindergärten und Kindertagesstätten muss ein Fachhochschulabschluss erforderlich sein. Die heutigen Erzieher und Erzieherinnen in Leitungsfunktionen sollen durch Weiterbildung qualifiziert werden.
- **Variable Altersgruppen je nach dem Entwicklungsstand der Kinder:**
Die Kindergärten sollen eigenständig entscheiden können, welches Kind von welchem am meisten lernen kann. Deshalb sollen Kinder nicht nach starren Altersstrukturen sondern nach ihrem jeweiligen Entwicklungsstand eingruppiert werden können.
- **Intensivierung der Elternberatung:**
Im Hinblick auf die Bedeutung der Erziehung im frühen Kindesalter sind die Beratungsangebote für Eltern zu verbessern. Dabei ist auch auf die Sprachen der Migranten Rücksicht zu nehmen. Die Beratungsangebote müssen angehenden Eltern rechtzeitig bekannt gemacht werden.

3.2 Schulen in die Freiheit entlassen

Schulen können nur zur Verantwortung erziehen, wenn sie selbst verantwortlich sein dürfen, selbst verantwortlich gegenüber Anforderungen und Normen, die gesellschaftlich gesetzt werden, frei in ihrer Organisation, frei in der inhaltlichen und organisatorischen Gestaltung des schulischen Lebens sowie der Infrastruktur durch Schulleitung, Lehrer, Schüler und Eltern. Nur so können sie örtlichen Gegebenheiten in gezielter Weise Rechnung tragen. Nur so wird der Wettbewerb um ein hohes Ansehen der Schulen untereinander in der erwünschten Weise angeregt. Aus dieser Grundforderung ergeben sich u.a. folgende Vorschläge:

- **Eigenverantwortliche Lehrereinstellungen und Einsatz „junger Alter“:**
Die Schulen haben jeweils individuellen Lehrbedarf und das Kollegium sollte möglichst als ein Team arbeiten können, um den inhaltlichen Austausch und die Hilfsbereitschaft unter den Lehrern optimal zu fördern. Deshalb erhält jede Schule das Recht, selbständig über Neueinstellungen zu entscheiden. Das große Erziehungspotenzial und der Idealismus für die junge Generation, die in den „jungen Alten“ (Pensionäre und Rentner bzw. Rentnerinnen aller Berufssparten) liegen, kann durch Zeitverträge mit einer kleinen Entlohnung ausgeschöpft werden. Dadurch können die Lehrkräfte entlastet und die Betreuung der einzelnen Schüler und Schülerinnen deutlich verbessert werden. So bleibt Schule bezahlbar.
- **Eigene Gestaltung der Studentafel, freie Wahl des Unterrichtsmaterials und freie Rhythmisierung des Unterrichts :**
Je nach individuellem Schwerpunkt der Schule und der Interessenlage der Schülerschaft kann jede Schule — über eine Mindestanzahl von zu unterrichtenden Stunden hinaus — darüber entscheiden, welche Fächer in welcher Stundenanzahl und mit welchem Unterrichtsmaterial unterrichtet werden. Darüber hinaus erhalten die Schulen das Recht, den 45-Minuten-Takt zugunsten einer flexibleren Zeitgestaltung

aufzuheben.

- **Eigenverantwortlicher Einsatz von Lehrerwochenstunden, z.B. zur Förderung von Schwachen oder Hochbegabten:**
Jede Schule hat individuell begabte Schüler, die jeweils unterschiedliche Bedürfnisse haben. Es muss jeder Schule deshalb freigestellt sein, ob, in welchem Umfang, welcher Form sowie für welche Fächer und für welche Gruppen Förderunterricht angeboten wird.
- **Verantwortlichkeit der Schule für die ihr anvertrauten Kinder:**
Jede Schule muss die Verantwortung für die ihr anvertrauten Schüler übernehmen. Statt den negativen Druck zu verstärken soll den besonderen Leistungen von Schülerinnen und Schülern in den unterschiedlichsten Bereichen offene Anerkennung zuteil werden.
Darstellendes Spiel, Sport, Musik, Kunst, Mathematik, Natur- und Sozialwissenschaften, Sprachen und soziale Leistungen sind dabei gleichermaßen zu berücksichtigen. Wir brauchen eine Pädagogik der Anforderung und der Ermutigung.
- **Eigenverantwortliche Verwendung budgetierter Haushaltsmittel:**
Die öffentlichen Schulen erhalten die Personalmittel vom Land und die Sachmittel vom Schulträger zur selbstständigen Verwendung.
- **Kompetente Auswahl der Schulleiter:**
Die Schulleiter müssen ausschließlich nach ihren fachlichen und Führungskompetenzen frei von parteipolitischen Erwägungen ausgewählt werden. Dabei soll die Entscheidung unter maßgeblicher Beteiligung von Gemeindevertretern, Eltern und auch Lehrern erfolgen.
- **Massive Reduktion der Kultusbürokratie:**
Kompetente Schulen benötigen keine bürokratischen Vorschriften. Die Schulaufsicht muss zu einer (erheblich reduzierten) Schulberatungsinstanz umgebaut werden, die ggf. eine Funktion in der Lehrerweiterbildung erhält. Allerdings müssen sich Schulen in regelmäßigen Abständen einer Qualitätsüberprüfung stellen und sich an der Erfüllung national festgelegter Bildungsstandards messen lassen.
- **Schulen in freier Trägerschaft sind finanziell den Schulen in öffentlicher Trägerschaft gleichzustellen:**
Nach wie vor werden Schulen in freier Trägerschaft finanziell benachteiligt. Während der Staat die Kosten der Gebäude, der Einrichtungen und des Personals bei den öffentlichen Schulen übernimmt, erhalten Schulen in freier Trägerschaft Zuschüsse, die die wirklichen Kosten nicht annähernd decken. Ein freies Schulwesen gibt Schulen in freier Trägerschaft die gleichen Chancen.

3.3 Grundlegende Reform der Kompetenzen im Bildungsbereich

Die Kompetenzen im Bildungsbereich sind schlecht verteilt. Auf der einen Seite gibt es zu starke Reglementierungen der Bildungseinrichtungen von oben, auf der anderen Seite ein großes nationales Durcheinander von Schulabschlüssen, Standards, Lehrerausbildungen und

Schularten. Bürokratische Vorschriften schränken die Freiheit der einzelnen Bildungseinrichtungen, flexibel und fantasievoll auf die Situation der ihnen anvertrauten Kinder und Jugendlichen einzugehen, stark ein. Die Kultusministerkonferenz mit ihrem Einstimmigkeitsprinzip beschließt Regelungen, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterworfen sind. Grotteske Regelungen aus ferner Vergangenheit, die z.B. die zu erteilenden Stundenzahlen der einzelnen Fächer in ganz Deutschland regeln, gelten fort, wie z.B. das Hamburger Abkommen von 1955. Ein freier Wettbewerb der Länder ist nicht gegeben.

Der BürgerKonvent setzt sich für eine klarere Abgrenzung der verschiedenen Ebenen unter Einbeziehung der europäischen Entwicklungen ein. Leitkriterien einer Reform sind: Bürgernähe, Effektivität, Rationalität, Transparenz, Europatauglichkeit, internationale Wettbewerbsfähigkeit. Das Ziel ist eine Stärkung der Autonomie der einzelnen Bildungseinrichtungen. Wettbewerbsföderalismus kann nur in einem sinnvollen Rahmen stattfinden, der bundeseinheitlich gesetzt werden muss. Dabei muss die Mobilität im Bundesgebiet, aber auch in Europa für Familien mit Kindern und für Lehrkräfte erleichtert werden. Erreicht werden müssen außerdem eine angemessene Vertretung nach außen und eine zukunftsweisende Positionierung des Bildungsstandorts Deutschland im internationalen Wettbewerb.

- **Leitlinie der Reformen der Kompetenzen im Bildungsbereich sind für den BürgerKonvent:**
 - Möglichst hohe Selbstverantwortung und Selbstbestimmung der einzelnen Einrichtungen.
 - Gleichberechtigter Wettbewerb staatlicher Einrichtungen und Einrichtungen freier Träger.
 - Keine bürokratischen Detailvorschriften, stattdessen nationale Mindeststandards.
 - Überprüfung der Standards durch unabhängige Institutionen.
 - Sicherung der innerdeutschen, aber auch der europäischen Mobilität für Familien und Lehrkräfte.
 - Qualitätsgesicherte und auch auf der europäischen Ebene gleichwertige Abschlüsse
 - Einbettung des deutschen Bildungssystems in einen europäischen Bildungsraum.

Die Kompetenzen sollen folgendermaßen geordnet werden:

- **Europa:**
Gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen, internationales Benchmarking im Schulbereich (Fortführung von TIMSS, PISA) und Fortentwicklung auch im Hochschulbereich (Hochschulranking). Schrittweise Entwicklung europäischer Bildungsstandards. Ermöglichung und Erleichterung europäischer Mobilität.
- **Bund:**
Grundsatzkompetenz für die Hochschulabschlüsse, die Zugangsregelungen, Lehrerausbildung.
Grundsatzkompetenz für Schulen: Bildungsstandards, Standards und Anerkennung der Abschlüsse, nationale Bildungsberichterstattung.
Grundsatzkompetenz für die Regelung der Struktur der frühkindlichen Bildung.
Vertretung des Bildungsbereichs nach außen. Alleinige Zuständigkeit für BAFÖG und Berufsbildung.

Ein Ausstieg aus der Hochschulbaufinanzierung ist nur möglich, wenn die Länder einen finanziellen und möglichst zweckgebundenen Ausgleich erhalten und eine Zusatzkomponente für strukturschwache Gebiete eingeführt wird.

- **Länder:**
Organisation des Schulwesens, Schulformen, Qualitätssicherung und Schulfinanzierung.
Zuständigkeit für Hochschulverfassungen, Hochschulfinanzierung und ggf. auch Hochschulbau (s.o.).
Möglichkeiten der Genehmigung von Studiengebühren.
Eigenständigkeit bei der Lehrer- und Hochschullehrerbesoldung.

- **Kommunen:**
Entwicklung kommunaler Bildungsnetzwerke
Übernahme der Personalhoheit für kommunale Schulen

3.4 Aus- und Weiterbildung sowie Stellung der Lehrkräfte

Entscheidend für eine gute Schule sind gute Lehrerinnen und Lehrer. Ihr Engagement, aber auch ihr Können entscheiden nicht nur über den Schulerfolg, sondern sind mitentscheidend für den Lebensweg der jungen Menschen. Aus diesem Grund kommt der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte eine ungewöhnlich hohe Bedeutung zu. Über Eignungsprüfungen vor der Aufnahme der Lehrerausbildung ähnlich wie in Finnland sollte nachgedacht werden. Folgende Punkte sind dem BürgerKonvent besonders wichtig:

- **Erheblich mehr Praxisbezüge in der Lehreraus- und Weiterbildung.**
In die Lehrerausbildung müssen frühzeitige und längere Praxisphasen integriert werden. Die Kenntnisse in pädagogischer Psychologie sind erheblich zu verstärken. Die Lehrerweiterbildung muss darauf gerichtet sein, die praktischen Fähigkeiten im Umgang mit den Schülern heute zu verbessern und neue, wissenschaftlich fundierte methodische Konzepte zu vermitteln.
- **Verpflichtende Weiterbildungsmodulare**
Die Lehrkräfte sollen verpflichtet werden, regelmäßige qualitativ hochwertige Weiterbildungskurse auch unter Einsatz von außerschulischer Zeit zu absolvieren. Weiterbildung muss zum ständigen Begleiter der Lehrtätigkeit werden. Lehrkräfte sollten bei erfolgreicher Weiterbildung bessere Bezahlung und Aufstiegschancen geboten werden.
- **Bundesinstitut für Lehrerweiterbildung und dessen Mitwirkung bei der Qualitätssicherung.**
Ein solches Institut mit möglichst eigener Kompetenz ohne politische Einwirkung könnte die Rolle einer Musterinstitution für die bislang extrem heterogene Lehrerweiterbildung in den Ländern spielen. Ihm käme auch eine wichtige Rolle bei der bundesweiten Einführung und Prüfung der Leistungsstandards zu.
- **Erhöhung des beruflichen Stellenwertes**
Zum Stellenwert des Lehrerberufes gehört eine leistungsbezogene und dem gewünschten sozialen Ansehen in der Gesellschaft angemessene Bezahlung.